

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

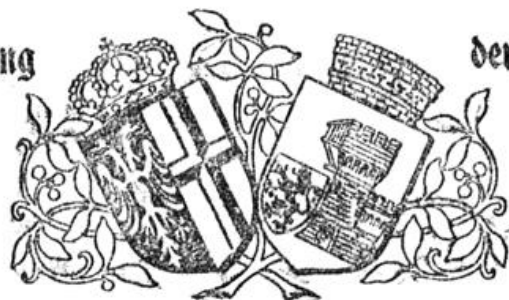
Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstag, 17. Juni 1921

Samstag, 17. Juni 1921

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. • Als Beilage das St. Quirinusblatt. • Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. • Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. • Reichsbank-Giro-Konto. • Postfach-Konto 41800.



Angaben finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4-spaltige Reklamizeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 137

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 17. Juni 1921 (Abd.)

Notationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Die Wendung zum Bolschewismus in Oberschlesien.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 17. Juni. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es gestern bei der Debatte wegen Umbenennung von Straßen und Plätzen zu Äußerungen, als ein Redner der Linken scharfe Worte gegen die Hohenzollern gebrauchte. Der Ratspräsident, als ein Redner der Deutschen Volkspartei dem Vordränger entgegengetreten, und die Kommunisten drangen gegen die Rednertribüne vor und der Stadtverordnetenvorsteher mußte die Sitzung unterbrechen. Als nach Wiederaufnahme der Verhandlung der Ratspräsident von neuem losbrach, wurde die Sitzung von dem Stadtverordnetenvorsteher geschlossen.

Berlin, 17. Juni. Aus dem Kaiser Friedrich-Museum wurde von unbekannten Tätern eine vieredrige Bronze, die eine Christusfigur darstellt, entwendet. Dieselbe Bronze war bereits im vergangenen Jahre aus dem Museum gestohlen worden, konnte aber in Dresden beschlagnahmt werden.

Berlin, 17. Juni. Wie die Vossische Zeitung mitteilt, wird der neue Minister des Auswärtigen, Dr. Rosen, bei Beantwortung der Interpellationen über Oberschlesien, die am Samstag zur Debatte stehen und bei Beantwortung der Anfrage über Aufhebung der Sanktionen, die am Montag verhandelt werden soll, sich über wichtige außenpolitische Fragen äußern.

München, 16. Juni. Amtlich wird gemeldet: Das Staatsministerium des Innern hat die Belohnung für die Ergreifung des Mörder des Abgeordneten Gareis von 10 000 Mk. auf 30 000 Mk. erhöht.

Dresden, 17. Juni. Aus dem Dörfler Schloß bei Dessau schnitten Einbrecher vier wertvolle Originalgemälde aus ihrem Rahmen und entnahmen unerkannt.

Die Saat geht auf.

Neuß, 16. Juni. In dem Kreise Neß in der nächsten Nähe des Hauptquartiers Koranthe hat sich eine rote Armee gebildet, die den Weizenbauern die Inanspruchnahme der Ernte verweigert. Die Weizenbauern haben sich in der Nacht zum Sonntag in der Nähe des Hauptquartiers Koranthe versammelt und beschlossen, die Ernte zu verweigern. Die Weizenbauern haben sich in der Nacht zum Sonntag in der Nähe des Hauptquartiers Koranthe versammelt und beschlossen, die Ernte zu verweigern.

Beitrag.

Döbeln, 16. Juni. Auf dem hiesigen Friedhof wurden heute drei Leichen bestattet. Die Leichen waren von Angehörigen des deutschen Selbstschutzes eingeliefert. Die Leichen sind im Wald bei Gumbowitz aufgefunden worden und gehörten einer deutschen Patrouille an, die von den Polen erschossen und auf grausamste Weise zu Tode gequält wurde.

Ein polnisch-französisches Abkommen?

London, 16. Juni. Der Berichterstatter des Manchester Guardian in Oberschlesien meldet, daß zwischen Frankreich und Polen ein bisher noch nicht ratifizierter Vertrag besteht, in dem Frankreich Polen seine Unterstützung in Oberschlesien zusagt. Polen verpflichtet sich dafür, ein großes Heer von 600 000 Mann (1) aufrecht zu erhalten, in dessen Generalstab sich französische Offiziere befinden. Bei einem künftigen Kriege Polens, der kein Angriffskrieg ist, gibt Frankreich Polen seine aktive militärische Unterstützung. Rußland ist von dieser Bestimmung ausgenommen und der einzige Krieg, der endlich in Betracht kommt, ist ein Krieg gegen Deutschland. Die Petrograd-Quellen behaupten, daß Frankreich zur Unterstützung überlassen.

Einigung?

Dresden, 17. Juni. Nach einer Meldung scheint eine Einigung zwischen dem Zwischenschlichter der deutschen Parteien in Oberschlesien und der Internationalen Kommission gesichert zu sein. Die Engländer sind in Kalenze, eine Vorstadt von Katowitz, eingedrungen. Durch das Vordringen der Engländer ist auch die Gegend von Lubitz befreit worden.

Einer Meldung des Berliner Lokal-Anzeigers aus Döbeln zufolge hat sich eine Abordnung des Zwischenschlichters nach Berlin begeben, um ein Einverständnis mit der Reichsregierung zu erzielen. **Döbeln, 16. Juni.** Französische Truppen sind in Ratibor, Kleinalthammer, Ferdinandsdorf, Galsche, Poppitz, Gutentag und Kottitz eingetroffen, ebenfalls fran-

Die Sackgasse: Frankreich „straf“, England „rechnet“.

Sehr einfach: Man „straf“.

Paris, 16. Juni. Der Vortagerrat hat sich nach Angabe der Chicago Tribune gestern mit der Ausführung der Luftfahrtbestimmungen des Friedensvertrags durch Deutschland beschäftigt und den Verbandsausschuß in Berlin angewiesen, sämtliche deutschen Militärflugzeuge und 25 v. H. der Zivilflugzeuge zu beschlagnahmen. Diese Maßnahme stelle eine Verstrafung Deutschlands wegen der Verletzung der Bandbeschränkung laut Friedensvertrag dar. Auch die verbleibenden 75 v. H. der zivilen Luftfahrt sollen vorübergehend beschlagnahmt werden, solange nicht Deutschland die genannten Bestimmungen vollständig ausgeführt habe. Das Blatt bemerkt übrigens, daß diese Entscheidungen getroffen worden seien, obwohl die Verhandlungen zwischen der Militär- und Zivilflugzeug noch nicht einig gewesen seien.

Deutschland bezahlt alles.

Paris, 16. Juni. Finanzminister Doumer äußerte heute nachmittag in der Kammer die finanzielle Lage Frankreichs. Er hoffte mit einem Kapitalbetrag von 2 1/2 Milliarden durchkommen zu können. Vorgesetzt ist eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Schließlich erklärte der Finanzminister, daß die Kosten für die Einberufung des Jahrgangs 1919 von Deutschland vor der Teilung der Zahlungen an die Verbündeten auf Entschädigungskonto bezahlt werden müßten.

John Bull rechnet.

London, 16. Juni. Der frühere britische Schatzsekretär und jetzige Vorsitzende der London Joint City and Midland Bank, Mac Kenna, führte gestern abend vor einer Versammlung von Finanzleuten u. a. aus: Die neuen Beziehungen von Gläubigern und Schuldern, die infolge des Krieges zwischen den einzelnen Staaten entstanden sind, müßten unbedingt einen förmlichen Einfluß auf den internationalen Handel ausüben. Der große Schuldner, Deutschland, müßte 6750 Millionen Pfund Sterling für Reparationen entrichten, während die Vereinigten Staaten, der größte Vorkriegsschuldner, nicht mehr als 600 Millionen Pfund schuldet. Es sei klar, daß Deutschland die Mittel für die Bezahlung nur durch den Verkauf von Waren im Ausland finden könne. Der deutsche Handel könnte nicht bis zum Zeitpunkt geleistet und ein großer Ueberschuß zu Ausfuhrzwecken nicht aufrechterhalten werden, ohne daß die Löhne in Deutschland außerordentlich gehalten werden. Werde die deutsche Arbeiterklasse dem zustimmen? Man würde dem deutschen Arbeiter klar machen, wenn er nicht zu niedrigen Löhnen arbeite, könne die große Schuld Deutschlands nicht bezahlt werden und fremde Invasionen die Folge sein. Die Versicherungen würden bekräftigt durch die Erklärungen der Staats-

zösischen Truppen in Kleinalthammer und Kottitz. Außerdem ist Jakobswald von Franzosen, Dubom und Neusa von Italienern besetzt.

Umbildung des französischen Kabinetts?

Paris, 16. Juni. Die Chicago Tribune hält es für möglich, daß im Anschluß an die zu erwartende finanzielle Interpellationsdebatte im Senat Finanzminister Doumer zurücktreten wird. Dem Finanzminister müßte die neuerdings gegenüber Deutschland eingenommene verschärfte Haltung, die gerade nach den Absichten Doumours zu einem ausgedehnten Programm industrieller und finanzieller Zusammenarbeit führen soll.

Es sei angemerkt worden, daß Ministerpräsident Briand das Kabinett etwa in der Form umzubilden soll, daß im Finanzministerium für die befreiten Gebiete und den Wiederaufbau Internationalisierungsstellen geschaffen werden. Auf diese Weise soll Minister Loucheur die Neuernahme des Finanzministeriums erleichtert werden.

Um den Namen auf der Mütze.

Paris, 16. Juni. Das „Echo de Paris“ äußert seine Bedenken über die in diesen Tagen abhaltende Versammlung der deutschen Großbankhalter, die zu dem Zweck abgehalten werden sei, mit allen Mitteln die französischen Bankinstitute im Rheinland, die nach deutscher Besetzung mit Ausnahme einer einzigen (der Reichsbank) ohne Einwilligung der deutschen Regierung gegründet worden seien, zu bekämpfen. Das Blatt bemerkt dazu, daß die französischen Banken die Einwilligung der deutschen Regierung nachgesucht,

männer im Obersten Rat, die die deutschen Arbeiter mit der erneuten Besetzung bedrohen und mit Blockade, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

Die Wirkung des Reparationsplans auf die deutsche Schiffbauindustrie sei klar. Es würden Schiffe auf der deutschen Kostengrundlage gebaut und benannt werden, die Frankreich und Belgien würden jedoch auf internationalen Stande stehen. Der 26prozentige Ausfuhrzoll werde daher tatsächlich eine Prämie von 26 Prozent zugunsten der deutschen Schiffbauindustrie darstellen. Dasselbe gelte für Baum- und ähnliche Geschäfte. Wenn Deutschland jedoch 150 Millionen Pfund tilgen könne, die von ihm für dieses und nächstes Jahr gefordert werden, so sei es wahrscheinlich, daß im dritten Jahr die deutsche Industrie mit der deutschen Energie in solchem Umfange arbeiten werde, daß Deutschland in den Stand gesetzt werde, die gestellten Anforderungen zu erfüllen. Für die deutsche Regierung würde eine Befreiung von der Belastung bedeuten, während das Land seine Solidität und seine Stärke wiedergewinne. Wenn Deutschland in der Lage sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen, würde es dem internationalen Handel Englands ernstlichen Schaden zufügen. Wenn andererseits Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, so bedeute dies einen Rückfall in die Verhältnisse politischer Unordnung. Mac Kenna sagte weiter, wir zwingen dem deutschen Volk die Arbeitsbedingungen auf, die es ihm erwidert. Waren jeder Art billiger anzufertigen als wir. Mac Kenna schlug vor, von Deutschland zu fordern, daß es nach England, Frankreich und den übrigen alliierten Ländern je nach dem Bedürfnis dieser Länder Artikel wie Kohlen, Kali, Zucker sende, die es allein in großen Mengen erzeuge. Durch solche Mittel könne man nicht eine so große Summe von 400 Millionen Pfund im Jahre erzielt werden, aber es würde wenigstens der britische Handel nicht so geschädigt werden.

Das Echo.

London, 16. Juni. Die Abendpresse hebt die Bedeutung der Rede Mac Kennas hervor. Evening Standard zufolge hat die Rede in den Kreisen der britischen Industrie, des Handels und der Wirtschaft Interesse erregt. Der Präsident des Verbandes britischer Industrieller stimmte den Ausführungen Kennas voll und ganz zu und erklärte, gezielte Fabrikanlagen seien der Ansicht, daß England sowohl materiell als auch politisch mehr gewinnen würde, wenn die deutsche Mark auf ihren Vorkriegswert gebracht würde, als durch irgendwelche Reparation in jeder Form. So verlor er die Idee, daß die englischen Kohlenbergwerke und Bergarbeiter den Vorschlag Kennas, daß der ausländische Kohlenmarkt Deutschland so gut wie überlassen werden soll, begrüßen werden.

aber nicht erhalten hätten. War sei seit der Abberufung des Reichskommissars v. Starck eine Verbesserung eingetreten, jedoch dürfe man auch dem Herrn v. Starck nicht zuviel Vertrauen schenken. Man soll nicht vergessen, daß den deutschen Beamten zu Beschwerden verboten worden sei, der Einführung der dortigen französischen Ausstellungen beizutreten. Die Währungsfrage der Zollanktionen innerhalb zweier Monate würde ein nicht wieder gutzumachender Fehler sein, besonders in einem Augenblick, wo sie anstehen, sich gewinnen bringend zu gestalten. Die Sanktionen müßten um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Diese Notwendigkeit soll der Oberkommissar Lizarad dem Minister Loucheur gegenüber betont haben.

Der Streik in England.

London, 16. Juni. Nach der Cologne Post ist der Ausgang des Wirtschaftskampfes noch ungewiss. Die Arbeiter haben die Verhandlungen mit der Regierung abgelehnt. Die ersten vollständigen Zahlen über die Abnahme der Vergleiche kamen aus Lancashire und Schottland, wo 7417 Stimmen für und 6484 gegen die Annahme der Verhandlungen abgegeben wurden. Die Ausschüsse im Lohnkampf, der in der Metall- und Baumwollindustrie bekannt ist, sind gewichtig.

Die Stimmung der englischen Vergleiche.

London, 16. Juni. Das bisherige Ergebnis der Stimmung der Vergleiche bringt eine Heberaufregung. Die Mehrheit der Arbeiter hat sich bisher gegen die Annahme des neuen Angebots der Gewer-

benbesten ausgesprochen. Nach dem Daily Telegraph ist es wahrscheinlich, daß sich die erforderliche Zweidrittelmehrheit zugunsten einer Fortsetzung des Ausstandes ergeben wird. Das Endergebnis wird nicht vor heute abend oder morgen früh bekanntgegeben werden.

Kriegsgesellschafts-Skandale?

Berlin, 16. Juni. Die Verhaftung der Inhaber der großen Konfektionsfirma Lemm in Breslau zieht weitere Kreise. Die Firma hat Kriegsgewinne zu berechnen gehabt, die von eingeworbenen Kreisen auf Hunderte von Millionen geschätzt werden. Der Firma Lemm wurde seinerzeit vom Reichsverwaltungsamt fast das gesamte Beden und die Legitimen der Gewerbestände überwiesen. In den Notstands-Verordnungen-Gesellschaften waren sie fast unumschränkt Herrscher. Dies hat schließlich die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Folge gehabt. Dieses Untersuchungsverfahren hat allerdings keinerlei belastendes Ergebnis gehabt. Jetzt ist jedoch wiederum ein Verfahren eingeleitet worden, das die Beschäftigten des Kettenshandels, des Buchens, der übermäßigen Preissteigerung und der durch mehrere Jahre fortgesetzten Beanspruchung der Wirtschaft bedingt. Vielleicht stehen wir am Anfang einer Prozedur von Kriegsgesellschaftsständen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Juni. Der Antrag Hoffmann (Komm.) auf Befreiung des Abg. Thomas (Komm.) wird abgelehnt.

Die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide wird fortgesetzt. Zunächst werden die unabhängigen und sozialdemokratischen Anträge auf Beibehaltung der Zwangswirtschaft abgelehnt.

Ein Antrag auf sofortige Einführung der freien Wirtschaft wird mit 173 gegen 156 Stimmen abgelehnt.

Der sozialdemokratische und unabhängige Antrag auf Erhöhung der Umlage auf 4 1/2 Millionen Stimmen wird abgelehnt.

Der Antrag, die Umlage auf 2 1/2 Millionen Stimmen herabzusetzen, wird mit 214 gegen 126 Stimmen angenommen. Paragraph 1 wird mit 189 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Präsident Lohse bemerkt, daß damit dem Gesetz die Seele genommen sei.

Abg. Heim (Zentr. Vp.) betont, daß die Zwangswirtschaft auch mit ihren geringen Rechten unerbittlich sei. Das Umlageverfahren habe alle Nachteile der Zwangswirtschaft und hierin, daß den Landwirten freies Getreide übrig bleibe, liege der größte Reiz. Bayern habe das Doppelte abgeliefert wie das übrige Reich, weil die Genossenschaften mit der Erhaltung bekannt waren. Jetzt oder nie müßten wir den Sprung in die freie Wirtschaft wagen. In fünf vierzehn Tagen hätten wir das erste Getreide.

Ernährungsminister Hermes: Gewiß ist die Zwangswirtschaft hemmend, aber wir müßten die Belastung der Konsumenten in Betracht ziehen. Das Gesetz ist für mich eine Tempfrage. Das Entscheidende ist: Wie können wir der ernährungsbedürftigen Bevölkerung weiter das nötige Brot zu erträglichen Preisen beschaffen. Ich erkenne gerne an, daß große Teile der deutschen Landwirtschaft bis heute ihre Pflicht voll getan haben, sonst wäre die Zwangswirtschaft längst zusammengebrochen. (Bravo.)

Abg. Andre (Str.): Durch die Zulassung des freien Handels mit Getreide würde der Getreidepreis in wenigen Tagen an den Weltmarktpreis heranrücken und unter 200 Pfennig sinken. Ich fürchte, daß das Gesetz als höchst bedenklich. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Paragraphen 2 und 3 werden angenommen. Abg. Gemter (D. N.) befürwortet in Paragraph 4 eine andere Regelung der Ausschüsse, wonach die Ergebnisse nach dem Vorschlag der Landwirtschaftskammern und der freien landwirtschaftlichen Vertretungen bestimmt werden sollen. Paragraph 4 wird unter Ablehnung dieses Antrages angenommen.

Abg. Lind (D. N.) beantragt, den Paragraph 21 zu streichen, der das Recht gibt, nicht vorzeitig geliefertes Getreide zu enteignen. Der Antrag wird abgelehnt.

In Paragraph 44 wird der Antrag der Deutschnationalen, die für Kaiserlichen Reichsanlagen aufzufüllen, vom Abg. Bachmann (D. N.) befürwortet. Minister Hermes bezeichnet diesen Antrag als höchst bedenklich. Der Antrag wird abgelehnt. In Paragraph 50 beantragt Abg. Simon (H. N.) einen Antrag seiner Partei, der für die Festlegung der Umlagepreise auch die Zustimmung des Reichstages verlangt und fragt, wann die Erhöhung des Brotpreises eintreten wird.

Minister Hermes erwidert, daß dies erst mit dem neuen Wirtschaftsjahr der Fall sein werde, und daß die Erhöhung 50 Prozent nicht übersteigen werde.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Das Gesetz wird in der dritten Lesung, nachdem sich Zentrum, Volkspartei und Sozialisten auf einen Kompromißantrag geeinigt und demotischen auf einen Kompromißantrag geeinigt, der die Umlage auf 2 1/2 Millionen festlegt und lediglich die ersten Lieferungsfristen auf Oktober und November verschiebt, gegen die Linke angenommen.

